

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 72 (1980)
Heft: 7-8

Artikel: Gewerkschaften und Politik
Autor: Müller, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354992>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaften und Politik

Richard Müller

Die Statuten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) – und auch diejenigen der angeschlossenen Verbände – sind klar und eindeutig. In Artikel 2, Absatz 3 heisst es: «Der SGB ist parteipolitisch unabhängig.» Wir sind also an keine Partei gebunden. Wir nehmen auch keine Anweisungen und Befehle von irgend einer Partei entgegen. Aber wir sind auch kein politisches Neutrum; wir haben kein gestörtes Verhältnis zur Politik.

Ohne Bestätigung im politischen Raum könnten wir als Gewerkschaftsbund das gar nicht erreichen, was im Zweckartikel der SGB-Statuten uns als Aufgabe vorgeschrieben ist. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, der Ausbau der Sozialgesetzgebung, des Arbeiterschutzes und des Arbeitsrechtes.

Der Bereich der gewerkschaftlichen Tätigkeit kann sich nicht auf die Vertragspolitik allein beschränken. Einmal müssen die Erfolge, die mit den Gesamtarbeitsverträgen erzielt werden, im Gesetz konsolidiert und dauerhaft gemacht werden. Der Gesamtarbeitsvertrag kann auch nicht alles regeln, was für den Arbeitnehmer wichtig ist. Dort wo die Grenzen der Vertragspolitik notwendigerweise überschritten werden, müssen Lösungen auf gesetzlicher Ebene gesucht werden. Dass für die Verbände des öffentlichen Personals die Betätigung in der Politik, die Einflussnahme auf politische Instanzen, eine Lebensnotwendigkeit darstellt, wenn sie die Anliegen ihrer Mitglieder wirksam vertreten wollen, dürfte klar sein. Aber auch für die Verbände der Privatwirtschaft setzen Gesetze und Verordnungen den Rahmen, in dem sich jede wirtschaftliche Tätigkeit bewegen kann. Praktisch jedes Gesetz, jede Verordnung, beeinflusst in irgend einer Weise die wirtschaftliche Umwelt. Denken wir an den Gewässerschutz, an die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen, an das Strassenverkehrsgesetz, das Aktienrecht, das Kartellgesetz, die Lebensmittelverordnung, die Ausländergesetzgebung, das Geld- und Kreditwesen, die Konjunkturpolitik, die Steuerpolitik und die Mitbestimmung. Dazu kommt das breite Feld der Sozialversicherungen, die AHV/IV, die Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung usw. In allen diesen Fragen können und dürfen wir nicht abseits stehen, die Gewerkschaften müssen hier ihren Einfluss auf den verschiedensten Ebenen geltend machen: bei den vorberatenden Kommissionen, im Vernehmlassungsverfahren, beim Bundesrat und schliesslich dort, wo die Entscheide gefällt werden, nämlich im Parlament und vor dem Stimmbürger. Die Fortentwicklung des Rechts- und Sozialstaates in unserem Lande gehört zu den wesentlichen Zielen der Gewerkschaften. Deshalb können wir uns vom politischen Geschehen nicht distanzieren.

Man kann die Frage stellen, ob wir direkt als Gewerkschaften politisch aktiv werden sollen. Aus den verschiedensten Gründen sind aber alle Versuche, eine Gewerkschaftspartei aufzuziehen, gescheitert. Das wäre auch ein Irrweg. Wo Gewerkschafter aktiv in die Politik eingreifen, tun sie das in der Regel innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Es ist die Partei, die über all die Jahrzehnte unserer Geschichte hinweg am konsequentesten die Belange der Arbeiterbewegung vertreten hat. Das tun weitgehend auch politische Bewegungen, die links von der SP stehen. Aber die SP verfügt auch über die nötige Kraft und das entsprechende Durchsetzungsvermögen, Fortschritte zu realisieren. Natürlich sind wir auch auf Zuzüger aus bürgerlichen Parteien in unserer politischen Landschaft angewiesen. Aber geschlossen und einhellig können wir unter den grösseren Parteien nur auf die SP zählen. Deshalb die weitgehende Personalunion von Politikern der SP und der Gewerkschaften. Es ist aber keineswegs so, dass etwa der Schweizerische Gewerkschaftsbund der verlängerte Arm der Sozialdemokratischen Partei wäre oder dass die SP Befehle vom SGB entgegennehmen müsste. Die gegenseitige Unabhängigkeit dieser beiden Beine der Schweizer Arbeiterbewegung ist nicht nur formell, sondern auch tatsächlich gewahrt. Wir diskutieren miteinander, wir streiten uns auch oft, manchmal etwas sanfter, manchmal etwas härter. Aber wir versuchen uns im Interesse der Schichten des Volkes, die wir zu vertreten haben, zusammenzuraufen und zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

Die schweizerische Arbeiterbewegung – Gewerkschafter und Sozialdemokraten – hat diesem Land den Fortschritt, eine menschlichere Schweiz gebracht. Die Gewerkschaften kämpfen im Betrieb, in der Unternehmung, aber auch in der Gemeinde, im Kanton und im Bund um gerechte Verhältnisse. Wir haben viel erreicht, aber noch sehr viel ist zu tun, wenn wir unsern Töchtern und Söhnen und den Enkeln eine lebenswerte Arbeitswelt garantieren wollen.

Mit der Sozialpolitik, an deren Ausbau wir massgebend beteiligt waren, haben wir den Menschen ein Stück reale Freiheit gebracht. Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat das Gemeinwohl vor den Eigennutz zu stellen hat, vor allem in den Bereichen Kapital, Boden und Umwelt. Wir sind dafür, dass die Demokratie nicht vor den Fabrikatoren und Bürogebäuden haltmachen darf. Wir sind für eine soziale Finanzierung der Aufgaben des Staates. Wir sind der Meinung, dass die sogenannte freie Marktwirtschaft starker sozialer Korrekturen bedarf.

All das kann aber nicht verwirklicht werden ohne Beteiligung an der Politik auf allen Ebenen. Wir dürfen das Terrain nicht unsern Gegnern überlassen. Wenn wir uns von der Politik distanzieren, dann wird trotzdem Politik gemacht: Ohne uns und gegen uns! Deshalb kann und darf es keine apolitischen Gewerkschaften geben.